

Die Landesgruppe Sachsen stellt sich vor

Wer wir sind und wofür wir stehen



FRAKTION IM DEUTSCHEN BUNDESTAG

Inhalt

Vorwort	3
Vorstellung der Landesgruppe Sachsen	4
Nationale Politik senkt Wohnkosten	6
Deutschland braucht eine umsichtige Verkehrspolitik	8
Politik für unsere Landsleute	10
Aufarbeitung der Folgen der Corona-Politik	12
Vernunft in Zeiten der Klimahysterie	14
Sachsen als Dreh- und Angelpunkt für unkontrollierte Massenzuwanderung	16
Deutschland muss an die digitale Weltspitze	18
Investitionen in die Infrastruktur statt Ideologie	20
Deutschlands Außenpolitik steht am Scheideweg	22
Deutschland ist ein digitalpolitisches Entwicklungsland	24

Vorwort

Liebe Bürger,

mit dieser Broschüre wollen wir, die Landesgruppe Sachsen der AfD-Bundestagsfraktion, Ihnen die politische Arbeit der AfD-Bundestagsfraktion vorstellen.

Die Landesgruppe Sachsen ist innerhalb der AfD-Bundestagsfraktion zahlenmäßig die drittgrößte Landesgruppe; im Verhältnis zur Einwohnerzahl des Bundeslandes, das sie vertritt, jedoch die größte landsmannschaftliche Vereinigung der AfD-Fraktion. Alle ihre Mitglieder haben ihr Mandat direkt gewonnen. Wir verstehen diesen Wählerauftrag als Verpflichtung, Deutschland zu dienen und das Wohl unserer sächsischen Heimat zu mehren.

Das Fundament unserer parlamentarischen Arbeit ist unsere lebensweltliche Verankerung: Die meisten AfD-Abgeordneten blicken auf ein arbeitsreiches und erfolgreiches Leben vor der Abgeordnetentätigkeit zurück. Sie waren und sind eng mit ihrer Heimat verbunden und betätigten sich bereits vor ihrem politischen Engagement gesellschaftlich. Dies gilt in besonderer Weise für die sächsischen AfD-Abgeordneten als direkt gewählte Abgeordnete. Die Ausbildungen, Abschlüsse und Berufe der sächsischen Bundestagsabgeordneten sind vielfältig und umfassen ein breites Spektrum von Erwerbstätigkeiten: Malermeister, Mechaniker, Polizisten, Angestellte in kaufmännischen Berufen, Orchestermusiker und Bibliothekar. Unsere Berufe und unsere unterschiedlichen Lebenserfahrungen bringen wir in unsere Bundestagsarbeit ein.

Als Abgeordnete ist es uns sehr wichtig, dass unsere Fraktion während der gesamten Legislaturperiode in den jeweiligen Regionen vertreten und für die Bürger ansprechbar ist. Wir haben zahlreiche Bürgerbüros eröffnet und informieren im Rahmen von Bürgerdialogen kontinuierlich über unsere Arbeit im Deutschen Bundestag. Im direkten Gespräch mit den Bürgern vor Ort nehmen wir die Sorgen, die Anregungen und die Forderungen der Bürger auf und leiten daraus Positionen für unsere politische Arbeit ab.

Die AfD-Bundestagsfraktion ist derzeit die einzige politische Kraft, die im Deutschen Bundestag konsequent konservativen und sozialen Grundsätzen folgt und vernunftgeleitetes politisches Handeln einfordert. Wir treten den zahllosen hausgemachten Krisen unserer Heimat mit zukunftsorientierten Konzepten und konkreten Vorschlägen entgegen. Mit Kleinen und Großen Anfragen, zahlreichen parlamentarischen Initiativen, Anträgen und Gesetzentwürfen zeigen wir, dass es in allen politischen Bereichen realisierbare Alternativen zur aktuellen Politik der Bundesregierung gibt; einige dieser parlamentarischen Initiativen möchten wir Ihnen hier vorstellen.

Wir freuen uns auf einen anregenden Gedankenaustausch mit Ihnen.

Ihr



Karsten Hilse MdB
Sprecher der Landesgruppe Sachsen

Vorstellung der Landesgruppe Sachsen



Carolin Bachmann MdB

- Geboren am 3. September 1988 in Freiberg/Sachsen; ledig; ein Kind
- Investmentfundskauffrau; Betriebswirtin
- Ordentliches Mitglied im Ausschuss für Wohnen, Stadtentwicklung, Bauwesen und Kommunen
- Wahlkreis 161: Mittelsachsen
- Kontakt: carolin.bachmann@bundestag.de



René Bochmann MdB

- Geboren am 4. Februar 1969 in Markranstädt; geschieden; zwei Kinder
- Baufacharbeiter/Tiefbau; Bürokaufmann
- Ordentliches Mitglied im Verkehrsausschuss
- Wahlkreis 151: Nordsachsen
- Kontakt: rene.bochmann@bundestag.de



Tino Chrupalla MdB

- Geboren am 14. April 1975 in Weißwasser; verheiratet; drei Kinder
- Maler- und Lackierermeister
- Stellvertretendes Mitglied im Auswärtigen Ausschuss und Gemeinsamen Ausschuss
- Vorsitzender der AfD-Bundestagsfraktion
- Wahlkreis 157: Görlitz
- Kontakt: tino.chrupalla@bundestag.de



Thomas Dietz MdB

- Geboren am 12. März 1967 in Karl-Marx-Stadt (Chemnitz); verheiratet; drei Kinder
- Buch- und Offsetdrucker
- Ordentliches Mitglied im Gesundheitsausschuss und Unterausschuss Globale Gesundheit
- Wahlkreis 164: Erzgebirgskreis I
- Kontakt: thomas.dietz@bundestag.de



Karsten Hilse MdB

- Geboren am 12. Dezember 1964 in Hoyerswerda; verheiratet; drei Kinder
- Polizist
- Ordentliches Mitglied und Obmann im Ausschuss für Klimaschutz und Energie
- Wahlkreis 156: Bautzen I
- Kontakt: karsten.hilse@bundestag.de



Steffen Janich MdB

- Geboren am 22. Januar 1971 in Pirna; ledig
- Polizist
- Ordentliches Mitglied im Ausschuss für Inneres und Heimat
- Wahlkreis 158: Sächsische Schweiz-Osterzgebirge
- Kontakt: steffen.janich@bundestag.de



Barbara Lenk MdB

- Geboren am 4. Oktober 1982 in Dresden; ledig
- Bibliothekarin
- Ordentliches Mitglied und Obfrau im Ausschuss für Digitales
- Wahlkreis 155: Meißen
- Kontakt: barbara.lenk@bundestag.de



Mike Moncsek MdB

- Geboren am 8. August 1964 in Freiberg; ledig; drei Kinder
- Kfz-Mechaniker
- Ordentliches Mitglied und Obmann im Ausschuss für Tourismus
- Wahlkreis 163: Chemnitzer Umland-Erzgebirgskreis II
- Kontakt: mike.moncsek@bundestag.de



Matthias Moosdorf MdB

- Geboren am 20. April 1965 in Leipzig; verheiratet; vier Kinder
- Orchestermusiker
- Ordentliches Mitglied im Auswärtigen Ausschuss und Obmann im Unterausschuss Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik
- Wahlkreis 165: Zwickau
- Kontakt: matthias.moosdorf@bundestag.de



Edgar Naujok MdB

- Geboren am 25. Juni 1960 in Oggersheim; ein Kind
- Unternehmer
- Ordentliches Mitglied im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und Ausschuss für Digitales
- Wahlkreis 154: Leipzig-Land
- Kontakt: edgar.naujok@bundestag.de

Nationale Politik senkt Wohnkosten



Carolin Bachmann MdB

Die Gaspreise steigen und steigen. Im Vergleich zum Vorjahr sind sie im Oktober 2022 um durchschnittlich über 130 Prozent in die Höhe geklettert. Die Kostenexplosion trifft vor allem die deutschen Haushalte. Etwas mehr als 37 Prozent deckten ihren Bedarf an Wohnenergie im Jahr 2020 durch Erdgas. 49,5 Prozent des deutschen Wohnungsbestands von 42,9 Millionen Wohnungen werden mit Gas beheizt. Insgesamt fließt sogar 70 Prozent der Energieleistung in die Raumwärme. Damit ist der Bedarf an Erdgas im Winter ganz besonders hoch.

Die Bundesregierung hat mit ihrer Entscheidung, russisches Erdgas abzulehnen, Deutschland in diese Krise geführt. Das untermauern die Antworten auf unsere Kleinen Anfragen zur Gasversorgung. Wiederholt hat die Bundesregierung »keine eigenen Daten« oder »keine eigenen Kenntnisse«, ihr liegen »keine Informationen« oder »keine Gesamtschätzung der notwendigen Kosten« vor – eine Bundesregierung, der offensichtlich die Daten nicht vorliegen, die für Entscheidungen im Bereich Energieversorgung unerlässlich sind.

Noch teurer wird es für alle durch die Masseneinwanderung nach Deutschland, die unvermindert über Jahre hinweg stattfindet. Die Bundesregierung ist verpflichtet, die Kommunen bei den Kosten für die Unterbringung und Versorgung von Flüchtlingen, Asylantragstellern und Wirtschaftsmigranten zu unterstützen. Die Bundesregierung zahlte von 2016 bis einschließlich 2021 insgesamt über 7,6 Milliarden Euro allein für Unterkunft und Heizung. Die weiterhin hohe Einwanderung sorgt auch hier für stetig steigende Zahlungen. Nur durch die Masseneinwanderung erhöhte sich die Bevölkerungszahl Deutschlands im Jahr 2022 erstmalig auf über 84 Millionen Menschen. Die Schaffung und Bereitstellung von Wohnraum kann mit dieser Entwicklung nicht Schritt halten. Immer mehr Erwerbstätige finden keine bezahlbaren Wohnungen.

Wir fordern die Bundesregierung auf, nicht länger nach ideologischen Vorgaben zu handeln, die Versorgung Deutschlands mit preiswerter Energie sicherzustellen und die Abschiebung illegal eingewanderter umzusetzen. Nur eine Politik im nationalen Interesse schafft bezahlbare Energie und kostengünstigen Wohnraum.



Unsere Anfrage

Sichere Gasversorgung – Kosten der Substitution russischen Gases

Drucksache 20/2123

<https://dserver.bundestag.de/btd/20/021/2002123.pdf>



Unsere Anfrage

Gasversorgung

(Nachfragen zu den Antworten der Bundesregierung auf die Kleinen Anfragen auf den Bundestagsdrucksachen 20/2123 und 20/4194)

Drucksache 20/6397

<https://dserver.bundestag.de/btd/20/063/2006397.pdf>



Unser Antrag

Folgen von Massenmigration, Wohnungsnot und Stadt-Land-Flucht bewältigen

Drucksache 20/5818

<https://dserver.bundestag.de/btd/20/058/2005818.pdf>



Unsere Anfrage

Gasversorgung

(Nachfrage zur Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage auf Bundestagsdrucksache 20/2123)

Drucksache 20/4194

<https://dserver.bundestag.de/btd/20/041/2004194.pdf>

Bild: Prostock-studio – stock.adobe.com

Deutschland braucht eine umsichtige Verkehrspolitik



René Bochmann MdB

In der deutschen Verkehrspolitik dominieren gegenwärtig die Konzepte einer von Nichtregierungsorganisationen und Lobbyverbänden entwickelten und von bestimmten Parteien in konkrete Politik umgesetzten Klima- und Umweltschutzideologie, die den Bedarf unserer Bürger und der heimischen Wirtschaft nicht mehr berücksichtigen; dies gilt insbesondere für den Güterverkehr.

Die Binnenschifffahrt war und ist der preiswerteste Verkehrsträger für Schüttgüter, aber auch für Schwertransporte und Container, weshalb wir uns als AfD-Bundestagsfraktion für eine schnellere Sanierung der maroden und vernachlässigten Bundeswasserstraßeninfrastruktur einsetzen. Wenn wir Straßen und Schienen entlasten wollen, müssen wir die Wasserstraßeninfrastruktur ausbauen. Die zunehmende Trockenheit erfordert die Anpassung der Fahrwassertiefen auf allen betroffenen Binnenwasserstraßen. Die Erreichbarkeit von See- und Binnenhäfen, inklusive deren Werften, darf nicht an grüner Ideologie scheitern. So fordern wir beispielsweise eine schnelle Umsetzung des Gesamtkonzepts Elbe, um diesen Fluss dauerhaft schiffbar zu halten. Auch andere Wasserwege wie die Oder oder der Rhein bieten enormes Potenzial. Ferner fordern wir als AfD-Bundestagsfraktion, dass die Praxis des »Ausflaggens« deutscher Handelsschiffe – also das Fahren unter einer anderen Flagge – ein Ende findet und die EU-Kompetenzen nicht ausgeweitet werden.

Auch der Güterverkehr auf der Straße erfordert Reformen: Die AfD-Bundestagsfraktion nahm mit ihrem Antrag »Kabotage modernisieren – Einheimische Transportunternehmen vor unerlaubtem Preisdumping schützen« die Ungleichbehandlung einheimischer Logistikunternehmen zugunsten ihrer vornehmlich osteuropäischen Konkurrenz in den Blick. So werden die gesetzlichen Vorschriften und Auflagen zum einen nicht hinreichend kontrolliert und Verstöße zum anderen nicht in gleichem Maße bestraft. Diese Missstände gefährden nicht nur die Verkehrssicherheit in Deutschland, sondern schaden auch unserer heimischen Wirtschaft und müssen daher dringend behoben werden. Die AfD-Bundestagsfraktion bleibt ihrer Linie treu: Unsere Verkehrsinfrastruktur muss dem Bürger und der Wirtschaft dienen.



Unser Antrag

Deutsche Logistikbranche stärken

Drucksache 20/7564

<https://dserver.bundestag.de/btd/20/075/2007564.pdf>



Unser Antrag

Kabotage modernisieren – Einheimische Transportunternehmen vor unerlaubtem Preisdumping schützen

Drucksache 20/6534

<https://dserver.bundestag.de/btd/20/065/2006534.pdf>

Politik für unsere Landsleute



Tino Chrupalla MdB

Als AfD-Bundestagsfraktion sind wir die Friedensfraktion im Deutschen Bundestag. Die Kriegstreiber benennen wir und bringen mit Anträgen sowie in unseren Plenarreden Vorschläge in den Bundestag ein, wie es zu einem friedlichen Ausgleich zwischen Russland und der Ukraine kommen kann. Die Bürger wollen Frieden. Wir machen Politik für die Interessen der Bürger. Krieg, Inflation, Zuwanderung, diese Themen bereiten uns allen Sorgen – zu Recht. Denn die Regierungsparteien verändern unser Land im Rekordtempo. Sie zerstören, was den Deutschen am Herzen liegt.

Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck hat Russland letztes Jahr den Wirtschaftskrieg erklärt. Er hat beschlossen, dass durch Nord Stream 2 kein Gas fließen soll. Mit dieser Rhetorik hat Habeck die das Energiegroßprojekt Nord Stream tragenden Unternehmen verunglimpft und Deutschland von einer sicheren und preiswerten Versorgung mit Erdgas abgekoppelt. Seit einiger Zeit ist ein Ölembargo gegen Russland in Kraft. Raffinerien wie in Schwedt wissen nicht, woher sie mittelfristig Öl beziehen sollen. Unsere Energieversorgung ist ebenso in Gefahr wie tausende Arbeitsplätze. Wir fordern: Schluss mit den Sanktionen, die Deutschland und unseren Landsleuten schaden.

Als Regierungspartei würden wir die Wirtschaftsbeziehungen mit Russland wieder normalisieren. Dreckiges Fracking-Gas aus Amerika kann günstiges Gas aus Russland nicht ersetzen. Darum muss Nord Stream repariert, erneuert und in Betrieb genommen

werden. Aber das reicht nicht. Wir fordern einen breiten Energiemix, damit Energie in Deutschland wieder erschwinglich wird. Die Insolvenzwelle aufgrund extrem hoher Energiekosten muss gestoppt werden. Deutschland muss als Standort für kleine und mittelständische Unternehmer attraktiv bleiben.

Die Inflation liegt bei 10 Prozent, bei Lebensmitteln sogar bei bis zu 40 Prozent. Die Reallöhne sinken. Verbände und Wirtschaftsführer warnen vor Deindustrialisierung. Wir wollen den Standort Deutschland strukturell stärken, haben aber auch Sofortmaßnahmen gegen die Folgen der Inflation vorgesehen: Die Mehrwertsteuer auf Grundnahrungsmittel und Energie aussetzen, die Stromsteuer und den Emissionshandel abschaffen, die Entfernungspauschale auf 60 Cent ab dem ersten Kilometer erhöhen und den Grundfreibetrag auf 12.600 Euro pro Jahr setzen.

Die Massenzuwanderung macht unser Land unsicher. Messerattacken sind an der Tagesordnung. Am 24. Januar 2023 hat ein staatenloser Palästinenser im Zug von Kiel nach Hamburg sieben Menschen verletzt und zwei bestialisch getötet. Er war polizeibekannt. Asylzuwanderer machen zwar nur zwei Prozent der Bevölkerung aus, aber rund 14 Prozent der Tatverdächtigen bei Gewaltkriminalität. Jeder vierte Messerangreifer ist Zuwanderer. Wir fordern: Gewalttätige Zuwanderer konsequent abschieben. Wir müssen uns dem dänischen Null-Asyl-System soweit wie möglich annähern.



Unser Antrag

Deutschlands Verantwortung für Frieden in Europa gerecht werden – Eine Friedensinitiative mit Sicherheitsgarantien für die Ukraine und Russland

Drucksache 20/5551

<https://dserver.bundestag.de/btd/20/055/2005551.pdf>



Unser Antrag

Den Weg Deutschlands zur Kriegspartei im Ukraine Konflikt verstellen – Gegen die Ausbildung ukrainischer Soldaten auf deutschem Boden aufgrund des Beschlusses des Politischen und Sicherheitspolitischen Komitees der Europäischen Union

Drucksache 20/5878

<https://dserver.bundestag.de/btd/20/058/2005878.pdf>



Unser Antrag

Energieversorgung gewährleisten – Nord Stream reparieren, öffnen, sichern

Drucksache 20/3942

<https://dserver.bundestag.de/btd/20/039/2003942.pdf>



Unser Antrag

Öl- und Gasembargo verhindern – Bürger und Unternehmen schützen

Drucksache 20/1862

<https://dserver.bundestag.de/btd/20/018/2001862.pdf>



Unser Antrag

Die drohende Rezession stoppen und ökonomisches Wachstum für deutsche Unternehmen und Bürger generieren

Drucksache 20/6419

<https://dserver.bundestag.de/btd/20/064/2006419.pdf>



Unser Antrag

Die Zeitenwende in der Migrationspolitik mit einer Rückführungsoffensive 2023 einleiten

Drucksache 20/6184

<https://dserver.bundestag.de/btd/20/061/2006184.pdf>

Aufarbeitung der Folgen der Corona-Politik



Thomas Dietz MdB

Die politische Arbeit der AfD-Bundestagsfraktion wurde zu Beginn der 20. Legislaturperiode zwangsläufig vom Thema Corona dominiert. So durften die ungeimpften Abgeordneten den Plenarsaal nicht betreten und mussten auf der Besuchertribüne an den Plenarsitzungen des Deutschen Bundestages teilnehmen. Aber auch gesundheitspolitisch herrschte das Thema vor: Während die Tätigkeitsschwerpunkte aller übrigen Fraktionen insbesondere auf der flächendeckenden Versorgung mit Covid-19-»Impfstoffen« und der Diskussion über die Möglichkeiten einer allgemeinen Impfpflicht lagen, sind wir bis heute die einzige wirkliche Oppositionsfraktion im Deutschen Bundestag, die von Anfang an die Maßnahmen, insbesondere die Änderungen des Infektionsschutzgesetzes, öffentlich kritisch hinterfragt und selbstverständlich auch abgelehnt hat.

Den Schwerpunkt unserer weiteren Arbeit sehen wir in den nächsten Monaten unter anderem in der Aufarbeitung der Politik der beiden Bundesregierungen während der Corona-Krise. Immer deutlicher stellt sich heraus, dass unsere Kritik an den Maßnahmen richtig war und mit der Zustimmung der übrigen Fraktionen zu unseren Anträgen, Initiativen und Gesetzesentwürfen viele gravierende Fehlentwicklungen hätten verhindert werden können.

Unsere Aufgabe ist es nun, mit der bundesweit wachsenden Zustimmung bei den Wählern wieder eine Politik im Interesse der Bürger unseres Landes durchzusetzen. Das medizinische Experiment der Covid-19-Massenimpfungen muss mit allen Konsequenzen aufgeklärt werden.



Unser Antrag

Übersterblichkeit untersuchen – Ursachen aufklären

Drucksache 20/7463

<https://dserver.bundestag.de/btd/20/074/2007463.pdf>



Unsere Anfrage

Datengrundlage für Maßnahmen zur Kontrolle der Ausbreitung von SARS-CoV-2 (COVID-19)

Drucksache 20/6750

<https://dserver.bundestag.de/btd/20/067/2006750.pdf>

Vernunft in Zeiten der Klimahysterie



Karsten Hilse MdB

Einige der wichtigsten politischen Themen unserer Zeit bearbeitet die AfD-Bundestagsfraktion im Ausschuss für »Klimaschutz« und Energie. Das Setzen des Wortes Klimaschutz in Anführungszeichen verdeutlicht schon eines der Hauptprobleme der derzeitigen und der vorangegangenen Regierungen. Sie nehmen an, das Klima schützen zu können. Die AfD-Bundestagsfraktion ist die einzige Fraktion im Bundestag, die, so wie viele Wissenschaftler weltweit auch, die Hypothese ablehnt, dass die menschengemachten CO₂-Emissionen das Klima maßgeblich beeinflussen – eine Annahme, für die es nach wie vor keinen wissenschaftlichen Beweis gibt. Selbst wenn die Hypothese stimmte, würde Deutschland, wenn es von heute auf morgen kein einziges Gramm CO₂ mehr ausstieße, die angenommene Erderwärmung nur um 0,000562 Grad Celsius verringern.

Die Annahme, der Klimawandel sei vom Menschen verursacht, ist die vorgeschobene Grundlage für die sogenannte Energiewende. In Wirklichkeit ist die Klimapolitik der jetzigen und der vorangegangenen Bundesregierungen das Vehikel, um sozialistische Verhältnisse zulasten der deutschen Bürger einzuführen.

Die AfD-Bundestagsfraktion hat in der 19. und der 20. Wahlperiode zahlreiche Initiativen eingebracht, in denen sie den von den Bundesregierungen eingeschlagenen Irrweg im Bereich der Klima- und Energiepolitik präzise beschreibt und Alternativen zu dieser falschen Politik aufzeigt. Deutschland benötigt eine stabile und preiswerte Energieversorgung, die nur grundlastfähige Kraftwerke auf Basis von Kohle und Kernkraft sicherstellen. Diese sind die günstigsten und zuverlässigsten Quellen zur Stromerzeugung, benötigen am wenigsten Baugrund und müssen daher die Basis der Stromversorgung für Privathaushalte und Wirtschaft in Deutschland sein.



Unser Antrag

Moratorium der Klimaschutzpolitik und des Übereinkommens von Paris

Drucksache 20/6915

<https://dserver.bundestag.de/btd/20/069/2006915.pdf>



Unser Antrag

Stopp der Verhandlungen zur EU-Richtlinie über Industrieemissionen

Drucksache 20/6716

<https://dserver.bundestag.de/btd/20/067/2006716.pdf>

Sachsen als Dreh- und Angelpunkt für unkontrollierte Massenzuwanderung



Bild: Ajdin Kamber - stock.adobe.com



Steffen Janich MdB

Sachsen bleibt weiterhin eines der Haupteinfallstore für die Migration illegaler Einwanderer nach Deutschland. Dieser Befund ist das nüchterne Fazit der Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der AfD-Fraktion. So hat die Bundespolizei nach Auskunft der Bundesregierung allein in den Monaten Januar bis September 2022 insgesamt 12.110 unerlaubt eingereiste Personen festgestellt. Hinzu kommen 683 Personen, die sich im selben Zeitraum unerlaubt in Sachsen aufhielten. Am stärksten war der Migrationsdruck im September 2022 mit 4713 illegalen Einreisen. Im September des Jahres 2021 lag die Zahl der illegal eingereisten Migranten noch bei 689. Wohlgedemerk: Menschen aus der Ukraine fallen nicht in diese Kategorie, weil Ukrainer schon seit Jahren legal und ohne Visum in die Europäische Union reisen dürfen.

Die meisten illegalen Einwanderer kamen im erfragten Zeitraum aus Syrien (6156), aus der Türkei (1689) und Afghanistan (967). Die Bundesregierung führt das gestiegene irreguläre Migrationsgeschehen auf Migrationsbewegungen aus der Türkei über die Balkanroute zurück. Als weiteren Einflussfaktor nennt sie die Visabefreiungspolitik Serbiens zugunsten von Drittstaatsangehörigen.

Auf unsere Nachfrage, ob die Bundesregierung beabsichtige, gegen diese fortwährende illegale Einwanderung stationäre Grenzkontrollen einzurichten, reagiert diese gewohnt ablehnend. Grenzkontrollen würden demnach das letzte mögliche Mittel darstellen. Die Bundespolizei hat lediglich Maßnahmen unterhalb dieser Schwelle ergriffen. Wir als AfD-Fraktion fordern: Nur die Einführung von Grenzkontrollen und die ausnahmslose Zurückweisung aller Ausländer, die unerlaubt einreisen wollen, sind geeignet, dem permanenten Bruch von Recht und Gesetz entgegenzuwirken.



Unsere Anfrage

Unerlaubte Einreisen nach Sachsen und die Migrationsfolgen der russischen Teilmobilisierung

Drucksache 20/4131

<https://dserver.bundestag.de/btd/20/041/2004131.pdf>

Deutschland muss an die digitale Weltspitze



Barbara Lenk MdB

Als AfD-Bundestagsfraktion setzen wir uns dafür ein, die Chancen der Digitalisierung verantwortungsvoll zu nutzen. Die Herausforderungen der Digitalisierung ziehen sich durch alle Bereiche von Gesellschaft und Wirtschaft. Wir müssen es schaffen, Deutschland von einem digitalen Entwicklungsland wieder an die Weltspitze zu bringen.

Im Bereich Digitalisierung stellten wir unter anderem eine Kleine Anfrage zum Thema »Open Source«, in der wir die Bundesregierung nach dem Einsatz von freier Software in der Verwaltung fragten.

Wir fragten die Bundesregierung nach den sogenannten Twitter Files – interne E-Mails des Unternehmens Twitter legten offen, wie der Kurznachrichtendienst mit politisch motivierten Löschersuchen umging. Unter dem Vorwand, die Verbreitung von »Falschinformationen« stoppen zu wollen, sperrte Twitter vor den US-Präsidentenwahlen 2020 unter anderem die Konten des amtierenden Präsidenten Donald Trump. Diese »Twitter Files« dokumentieren, dass Betreiber sozialer Netzwerke offen-



Unsere Anfrage

Umsetzung der Open-Source-Strategie der Bundesregierung

Drucksache 20/2150

<https://dserver.bundestag.de/btd/20/021/2002150.pdf>



Unsere Anfrage

Zu den Twitter Files und den Löschersuchen der Bundesregierung an die Betreiber sozialer Netzwerke

Drucksache 20/5864

<https://dserver.bundestag.de/btd/20/058/2005864.pdf>



Unsere Anfrage

Ethik der Künstlichen Intelligenz

Drucksache 20/4413

<https://dserver.bundestag.de/btd/20/044/2004413.pdf>

bar willig sind, aus der Politik und der Verwaltung herangetragene Löschersuchen umzusetzen und damit mittelbar in die politische Willensbildung einzugreifen.

Ebenso haben wir eine Kleine Anfrage an die Bundesregierung gestellt, welche ethischen Standards beim zunehmenden Einsatz – etwa im medizinischen Bereich – von künstlicher Intelligenz gelten sollen.

Bildung und Forschung sind die wichtigsten Ressourcen Deutschlands. Wir befürworten das klassische, nach Begabungen differenzierte dreigliedrige Schulsystem und die Autonomie der Hochschulen. Freiheit von Forschung und Lehre gehen vor politischer Indoktrination. Das Abitur muss wieder zum Ausweis der Studierfähigkeit werden, der Haupt- oder Realschulabschluss zu qualifizierter Berufsausbildung befähigen. Wir unterstützen die Stärkung der Ausbildungsberufe nach dem Motto »Mehr Meister statt Master!«.

Investitionen in die Infrastruktur statt Ideologie



Mike Moncsek MdB

Als AfD-Bundestagsfraktion setzen wir uns dafür ein, dass den Bürgern ein funktionsfähiges und attraktives Verkehrsangebot bereitgestellt wird – ganz gleich, ob es sich dabei um individuelle oder öffentliche Verkehrsmittel handelt. Einen der vielen politischen Schritte in diese Richtung sind wir mit unserer Kleinen Anfrage »Zukunft der Regionalflughäfen in Deutschland« gegangen, mit der wir nicht nur auf das Thema Regionalflughäfen an sich eingehen, sondern auch die angrenzenden Themenkomplexe wie beispielsweise die Sicherung der Arbeitsplätze oder das touristische Potenzial problematisierten. Gerade am Beispiel der sächsischen Regionalflughäfen in Dresden und Leipzig werden die Auswirkungen einer ideologischen und freiheitsfeindlichen Verkehrspolitik deutlich, die die Bedeutung mittlerer und kleiner Flughäfen für die Verkehrsinfrastruktur verneint – mit fatalen Folgen für den Wirtschafts- und Tourismusstandort Deutschland.

Ein weiteres, sowohl tourismus- als auch verkehrspolitisch relevantes Thema unserer Bundestagsfraktion ist das 49-Euro-Ticket, das seit dem 1. Mai 2023 angeboten wird und den Steuerzahler Milliarden kostet. Ein solches bundesweites Monatsticket klingt nur im ersten Moment gut, bindet bei genauerem Hinsehen jedoch jene finanziellen Mittel, die in Infrastruktur und Personal besser angelegt wären. Vor allem jedoch löst das 49-Euro-Ticket gerade im ländlichen Raum nicht das Problem der fehlenden Attraktivität des ÖPNV, ganz im Gegenteil: Durch das Ticket fahren auf dem Land weder mehr Busse noch mehr Bahnen. Aufgrund der unklaren Verteilung der Fahrgelder und staatlichen Mittel auf die Verkehrsbetriebe geraten außerdem kleine und mittlere Verkehrsunternehmen in existenzgefährdende Liquiditätsschwierigkeiten. Das Experiment 49-Euro-Ticket ist also alles andere als ein geeignetes Mittel für eine attraktive öffentliche Mobilität, sondern vielmehr ein Symbol sozialistischer und dysfunktionaler Verkehrsplanung.



Unsere Anfrage

Zukunft der Regionalflughäfen in Deutschland

Drucksache 20/4514

<https://dserver.bundestag.de/btd/20/045/2004514.pdf>



Deutschlands Außenpolitik steht am Scheideweg



Matthias Moosdorf MdB

Deutschland hat sich durch seine vielen politischen Sonderwege isoliert. Afghanistan ist sozusagen überall, das Scheitern Resultat eines immer erhobenen moralischen Zeigefingers. Dabei können wir so viel mehr, werden weltweit für unsere Tugenden bewundert. Vernunft und Realitätssinn – damit beginnt es. Dafür stehen wir als AfD-Bundestagsfraktion. Unser Land investiert sehr viel Geld in eine neue, überarbeitete Sicht auf sich selbst. Dabei sind unsere Geschichte, unsere Werte und Errungenschaften einzigartig und oft Vorbild für andere Kulturen und Gesellschaften weltweit. Heimat und Kultur zu erhalten, sind uns Herzensangelegenheiten. Es gibt keine Zukunft ohne Herkunft: Diesen Anspruch artikulieren wir in unseren außen- und kulturpolitischen Positionen und Initiativen nachdrücklich.

Fest steht auch, dass unser Europa nicht identisch mit der Europäischen Union ist. Europa ist oft das vielfältige, lebendige, intelligente Gegenteil der EU. Wir machen deutlich, in welche Sackgasse die Brüsseler EU, die in nahezu alle Lebensbereiche der Bürger – ungeachtet der jeweiligen nationalen Traditionen und Werte – bestimmend und regulierend eingreift, die Europäer eigentlich führt. Frieden und Wohlstand kann es nur mit einem bürgernahen Europa geben. Dafür setzen wir uns in zahlreichen Anträgen und Anfragen ein.

Zusammen haben wir in Sachsen und Deutschland viel erreicht, aber noch viel mehr liegt vor uns. Wir benennen die Fehler unserer politischen Mitbewerber im Parlament und bringen kompetente Gegenentwürfe zur Politik der Bundesregierung in den Bundestag ein. Deutschland braucht einen neuen kulturellen Aufbruch, eine »geistig-moralische Wende«. Mit zahlreichen parlamentarischen Initiativen und engagierter Arbeit in den Bundestagsausschüssen arbeiten wir für ein selbstbewusstes Deutschland, das sich zu seiner Kultur, seinen Tugenden, seinen Traditionen und seiner Geschichte mit Stolz und Nachdenklichkeit bekennt.



Unsere Anfrage

EU-Perspektive für die Republik Moldau

Drucksache 20/5005

<https://dserver.bundestag.de/btd/20/050/2005005.pdf>



Unser Antrag

Der illegalen Einwanderung ein Ende setzen – Irreguläre Migration mit Asylzentren außerhalb der EU nachhaltig unter Kontrolle bringen

Drucksache 20/5362

<https://dserver.bundestag.de/btd/20/053/2005362.pdf>

Deutschland ist ein digitalpolitisches Entwicklungsland



Edgar Naujok MdB

Für die AfD-Bundestagsfraktion ist es ein besonderes Anliegen, dass mit den erwirtschafteten Steuergeldern effektiv und verantwortungsvoll umgegangen wird – das sind wir den deutschen Bürgern schuldig. Das Handeln der Bundesregierung ist dabei jedoch alles andere als von Vernunft geprägt. Anspruch und Wirklichkeit gehen hier weit auseinander. Vieles, was mit deutschen Geldern international gefördert wird, ist nicht wirtschaftlich.

Gleichzeitig lässt sich feststellen, dass Deutschland längst zu einem digitalpolitischen Entwicklungsland geworden ist. Bis auf wohlmeinende Worte hat die Bundesregierung zur Weiterentwicklung der Digitalisierung nichts Grundlegendes beigesteuert. In vielen Regionen sind bis heute keine zeitgemäßen Internetverbindungen verfügbar. Insgesamt lie-

gen wir mit der Digitalisierung im internationalen Vergleich erheblich zurück. Dies betrifft besonders die Bereiche Infrastruktur, Bildung, medizinische Versorgung und öffentliche Verwaltung. Hingegen müssen wir beobachten, dass Deutschland mit der Entwicklungshilfe in anderen Ländern sehr ambitionierte Ziele wie die »digitale Inklusion von Frauen und Mädchen« verfolgt. In der Gesamtschau steht das für uns in einem klaren Missverhältnis. Genau aus diesem Grund hat die AfD-Bundestagsfraktion im Februar 2022 den Antrag »Digitalpolitisches Entwicklungsland Deutschland fördern statt Blockchain-Geschäftsmodelle in Afrika« auf den Weg gebracht. Unser zentrales Ziel ist, die deutsche Wirtschaft zu stärken und den Effizienzgedanken beim staatlichen Handeln zu betonen.



Unser Antrag

Digitalpolitisches Entwicklungsland Deutschland fördern statt Blockchain-Geschäftsmodelle in Afrika

Drucksache 20/706

<https://dserver.bundestag.de/btd/20/007/2000706.pdf>





FOLGEN SIE UNS



[AfDBundestag.de](https://afdbundestag.de)



fb.com/AfDimBundestag



[@AfDimBundestag](https://twitter.com/AfDimBundestag)



youtube.com/AfDFraktionimBundestag



instagram.com/afdimbundestag/



tiktok.com/@afdfraktionimbundestag



Rundbrief-Abonnement: t1p.de/ycsg

Herausgeber:

Fraktion der Alternative für Deutschland im Deutschen Bundestag vertreten durch den Fraktionsvorstand

Kontakt:

AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag
Bürgerbüro
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: 030 227 57 141
Telefax: 030 227 56 349
E-Mail: buerger@afdbundestag.de

Herstellung und Redaktion: Fraktionsverwaltung, Abteilung Öffentlichkeitsarbeit

Bildnachweis: AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag

Stand: August 2023

Diese Veröffentlichung der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag dient ausschließlich der Information.
Sie darf nicht zum Zweck der Parteiwerbung und/oder als Wahlwerbung im Wahlkampf verwendet werden.